

**VERTRAULICH**  
bis zur Feststellung des  
schriftlichen Ergebnisses der  
letzten nicht öffentlichen  
Ausschusssitzung durch  
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg  
Dezernat I, Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung

**Aufbau eines interkommunalen  
Gewerbegebietsmanagements mit den  
Nachbargemeinden**

## Informationsvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	15.01.2008	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	30.01.2008	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

**Inhalt der Information:**

*Der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss sowie der Gemeinderat nehmen die Information der Verwaltung zum Aufbau einer interkommunalen Gewerbegebietsmanagements mit den Nachbargemeinden zur Kenntnis.*

## I. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SL 5	+	<p>Bauland sparsam verwenden, Innen- vor Außenentwicklung.</p> <p><b>Begründung:</b> Durch den Aufbau eines interkommunalen Gewerbegebietsmanagements ist eine sparsamere Verwendung von Bauland möglich.</p> <p><b>Ziel/e:</b></p>
SL 6	+	<p>Flächenverbrauch senken, Flächen effektiv nutzen.</p> <p><b>Begründung:</b> Durch den Aufbau eines interkommunalen Gewerbegebietsmanagements kann der Flächenverbrauch gesenkt werden.</p> <p><b>Ziel/e:</b></p>
RK 1	+	<p>Nachbarschaftliche und kooperative interkommunale Zusammenarbeit fördern.</p> <p><b>Begründung:</b> Durch die Einführung eines interkommunalen Gewerbegebietsmanagements wird die interkommunale Zusammenarbeit gefördert.</p> <p><b>Ziel/e:</b></p>
RK 2	+	<p>Abstimmung in wirtschafts-, wohnungs- und verkehrspolitischer, infrastruktureller, ökologischer, sozialer und kultureller Hinsicht verbessern</p> <p><b>Begründung:</b> Durch die Einführung eines interkommunalen Gewerbegebietsmanagements wird die Abstimmung mit den Nachbargemeinden in wirtschafts-, wohnungs-, verkehrspolitischer, infrastruktureller und ökologischer Hinsicht verbessert.</p>

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine



## II. Begründung:

In seiner Pressemitteilung vom 16.10.2007 hat der Städtetag Baden-Württemberg festgestellt, dass das Flächenbewusstsein gewachsen ist und weitere Anstrengungen bei der Innenentwicklung für Gewerbe und Wohnen notwendig sind. Allein in Baden-Württemberg war im Jahr 2006 ein täglicher Flächenverbrauch von 9,4 Hektar zu verzeichnen. Dies entspricht einer Fläche von etwa 14 Fußballfeldern, die täglich neu für Siedlung und Verkehr in Anspruch genommen werden.

Die Stadt Heidelberg hat diesem Erfordernis zur Lenkung und Begrenzung des Flächenverbrauchs bereits in ihrem „Stadtentwicklungsplan Heidelberg 2015“ Rechnung getragen. Unter Kapitel 6, dem „Zielbereich Arbeiten“, ist festgehalten, dass insgesamt darauf hingewirkt werden muss, angesichts der allgemeinen Ressourcenknappheit auch im Wirtschaftsbereich eine höhere Flächenausnutzung zu erreichen. Die Bereitstellung zusätzlicher Gewerbeflächen soll nur dann erfolgen, wenn eine höhere Flächenausnutzung zur Erreichung der wirtschaftlichen Ziele der Stadtentwicklung nicht ausreicht. Grundsätzlich ist die Stadt bestrebt, das kommunale Gewerbeflächenmanagement in ein regionales Gewerbeflächenmanagement einzubringen. Dies geht konform mit dem „Zielbereich regionale Kooperation und Regionalentwicklung“ unter Kapitel 5 des Stadtentwicklungsplanes, demzufolge Wege zur partnerschaftlichen und kooperativen interkommunalen Zusammenarbeit gesucht werden sollen.

Um künftig Fehlentwicklungen in der Siedlungspolitik vorzubeugen, stellt der Aufbau eines interkommunalen Gewerbegebietsmanagements mit den Nachbargemeinden Heidelbergs grundsätzlich ein sinnvolles Steuerungsinstrument dar. Allerdings darf ein solches Gewerbegebietsmanagement nicht isoliert bezogen auf die Akteure Heidelberg und deren Nachbargemeinden betrachtet werden. In dieses Thema sind vielmehr die regionsbezogenen Institutionen, der Nachbarschaftsverband Heidelberg-Mannheim und der Verband Region Rhein-Neckar mit einzubinden.

Daher hat das Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung im Anschluss an den vorliegenden Antrag intensive Gespräche sowohl mit den zuständigen Fachämtern der Stadt, dem Amt für Stadtentwicklung und Statistik und dem Stadtplanungsamt, als auch mit dem Nachbarschaftsverband und dem Regionalverband geführt. Ergebnis dieser Gespräche ist folgendes:

Eine erste Vorstufe zur Entwicklung von interkommunalem Gewerbegebietsmanagement innerhalb der Metropolregion Rhein-Neckar bildet die kürzlich erfolgte Fortschreibung des Flächennutzungsplanes 2015/2020. Hierin ist der Bedarf an Gewerbe- und Wohngebieten für die gesamte Gebietskulisse des Flächennutzungsplans bis zum Jahr 2020 erfasst und die Grundzüge der Entwicklungskonzeption für dieses Zeitfenster dargestellt. Ausgehend von einem Planungshorizont bis 2020 wurden für die Weiterentwicklung der Gebietskulissen im Bereich Wohnen und Arbeiten Zeitstufen festgelegt, die in einer ersten Phase von der Genehmigung des Flächennutzungsplanes bis zum Jahr 2015 und in einer zweiten von 2015 bis 2020 reichen.

Gegenwärtig werden vom Nachbarschaftsverband die instrumentellen Möglichkeiten zum Aufbau eines interkommunalen Gewerbegebietsmanagements für die Gebietskulisse geprüft. Dies geschieht im Rahmen eines Forschungsvorhabens des Fraunhofer Instituts für System- und Innovationsforschung ISI, in dem modellhaft die ökonomischen Möglichkeiten eines interkommunalen Gewerbegebietsmanagements getestet werden. Die Ergebnisse werden Ende des Jahres 2008 vorliegen.

Auch der Regionalverband befasst sich mit der Lenkung und Begrenzung des Flächenverbrauchs: Am 30. Januar veranstaltet der Verband den „1. Tag der Kommunen in der Metropolregion Rhein-Neckar“. Eine der Arbeitsgruppen dieser Veranstaltung beschäftigt sich auch mit dem Thema „Flächensparen“. Herr Oberbürgermeister Dr. Würzner hat bereits im Rahmen eines Schreibens an den Verband Region Rhein-Neckar darum gebeten, dass aufgrund des vorliegenden Antrages das Thema „Aufbau eines interkommunalen Gewerbegebietsmanagements“ innerhalb dieser Arbeitsgruppe mit berücksichtigt wird.

Damit ist gewährleistet, dass sich Heidelberg im regionalen Kontext in die Entwicklung eines am Bedarf aller Partner orientierten interkommunalen Gewerbegebietsmanagement beteiligt.

gez.

Dr. Eckart Würzner